

Familiennamen beifügen kann. Der Annahmevertrag kann durch Vereinbarung der Parteien und aus wichtigen Gründen auch durch gerichtliche Entscheidung aufgehoben werden. Solange er besteht, soll eine Ehe zwischen dem Annahmenden und dem Kind oder dessen Abkömmling nicht geschlossen werden.

Aufgebot ist die Bekanntmachung der beabsichtigten Eheschließung durch öffentlichen Aushang am ständigen Wohnort der Verlobten in den letzten 6 Monaten. Es ist zu beantragen bei dem Standesbeamten am ständigen Wohnort eines der Verlobten; dabei sind die Geburtsurkunden der Verlobten, die Heiratsurkunden der Eltern vorzulegen; u. U. kann auch die Vorlegung eines Ehefähigkeitszeugnisses verlangt werden. Das A. darf nur unterbleiben, wenn lebensgefährliche Erkrankung eines Verlobten einen Aufschub nicht gestattet oder wenn die Aufsichtsbehörde des Standesbeamten aus anderen wichtigen Gründen Befreiung vom A. gewährt hat. Zweck des A. ist die Ermittlung von Ehehindernissen, wenn solche bekannt sind, der hat sie dem Standesbeamten mitzuteilen.

Aufhebung der Ehe Sie kann durch Klage beim Landgericht herbeigeführt werden, wenn die Eheschließung durch Irrtum, Betrug oder Zwang veranlaßt, oder wenn die Ehe ohne Einwilligung oder gesetzlichen Vertreters geschlossen oder wenn ein Ehegatte durch Irrtum, arglistige Täuschung oder widerrechtliche Drohung zu der Eheschließung veranlaßt worden ist. Mit der Rechtskraft des Urteils ist die Ehe aufgehoben. Die Folgen bestimmen sich nach den Vorschriften über die Scheidung. Eine Anfechtung mit der Wirkung, daß die Ehe als von Anfang an nichtig behandelt wird, kennt das deutsche Recht nicht mehr. Die Aufhebung wird am Rande des Heiratsbuchs vermerkt.

Ausländer (auch Ehefähigkeitszeugnis, Staatsangehörigkeit. Eine Frau deutscher Staatsangehörigkeit, welche einen Ausländer heiraten will, muß sich die mit dem Verlust ihrer Staatsangehörigkeit verbundenen Folgen eingehend klarmachen.

Auseinanderlassungszeugnis ist erforderlich bei Wiederverheiratung eines Person, die ein eheliches Kind hat, das minderjährig ist oder unter ihrer Vormundschaft steht, oder die mit einem

minderjährigen oder bevormundeten Abkömmling im fortgesetzter Gütergemeinschaft lebt. Das Zeugnis, das vom Vormundschaftsgericht auszustellen ist, muß bezeugen, daß der Antragsteller dem Kinde gegenüber die ihm aus Anlaß der Wiederverheiratung obliegenden Pflichten erfüllt hat oder daß ihm solche Pflichten nicht obliegen. Ohne das A. soll die Eheschließung nicht erfolgen.

Aussteuer, Ausstattung Die Eltern sind verpflichtet, ihrer Tochter bei ihrer ersten Verheiratung eine angemessene Aussteuer in Geld oder Sachen zur Einrichtung des Haushalts zu gewähren, wenn sie dazu imstande sind und die Tochter nicht selbst über ausreichendes Vermögen verfügt. Die Verpflichtung besteht nicht, wenn die Tochter ohne die gesetzlich erforderliche Einwilligung der Eltern heiratet, oder sich einer Verletzung schuldig machte, die die Eltern berechtigt, ihr den Pflichten zu entziehen. Der Sohn hat keinen Anspruch auf Aussteuer; die Eltern können ihm aber freiwillig eine sogenannte Ausstattung zuwenden.

Berichtigungen in den Standesamtsbüchern können der Standesbeamte nur vornehmen, solange eine Eintragung noch nicht abgeholten ist, d. h. solange er sie noch nicht unterzeichnet hat. Nach diesem Zeitpunkt erfolgt eine B. nur nach auf Anordnung des Amtsgerichts. Zuständig ist das Amtsgericht am Orte des Landgerichts, in dessen Bezirk das Standesamt liegt. Offenbare Schreibfehler in einer abgeholten Eintragung kann der Standesbeamte mit Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde berichtigen.

Berufstätigkeit der Frau Ob die Frau einen Beruf ausübt, richtet sich nach den Verhältnissen in der Ehe. Sie ist verpflichtet, im Haushalt des Mannes zu arbeiten, soweit das nach den Lebensverhältnissen der Ehegatten üblich ist. Verpflichtet sich die Frau ohne Zustimmung des Mannes zu persönlichen Dienstleistungen einem Dritten gegenüber, so kann der Mann dieses Dienstverhältnis mit Ermächtigung des Vormundschaftsgerichtes kündigen.

Beweiskraft der Eintragungen in den Standesamtsbüchern Die Eintragungen im ersten Teil des Familienbuchs, im Geburtenbuch und im Sterbepbuch beweisen Heirat, Geburt und Tod und die darüber

gemachten näheren Angaben, solange nicht die Unrichtigkeit der bezeugten Tatsachen nachgewiesen ist (s. auch Urkunden, Standesamtliche).

Blutsverhältnis Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. 9. 35 verbietet die Ehe zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder armenianischen Blutes. Nach dem Gesetz soll fernst die Ehe nicht geschlossen werden,

a) zwischen Staatsangehörigen jüdischen Mischlingen 1. Grades einerseits und Staatsangehörigen deutschen oder armenianischen Blutes oder Staatsangehörigen Mischlingen 2. Grades andererseits ohne Genehmigung des Reichsministers des Innern oder des Stellvertreters des Führers,

b) zwischen zwei Staatsangehörigen jüdischen Mischlingen 2. Grades,

c) wenn aus ihr eine die Reinethaltung des deutschen Blutes gefährdende Nachkommenchaft zu erwarten ist.

Wegen der Bedeutung der Begriffe 1. Abstammung, Jude, Mischling.

Zum Nachweis, daß das Ehehindernis der Rassenverschiedenheit nicht besteht, hat jeder Verlobte vorzulegen: seine Geburtsurkunde, die Heiratsurkunde der Eltern, bei unehelicher Geburt die Geburtsurkunde der Mutter und des Erzeugers. Der Standesbeamte kann weitere Urkunden verlangen, wenn ihm Tatsachen bekannt sind, die für eine andere, als die von den Verlobten behauptete Abstammung sprechen. Beim Aufgebot hat jeder Verlobte die Angaben über seine Abstammung schriftlich oder zu Protokoll zu versichern und nachfalls an Eides Statt zu erklären, daß er sie nach bestem Wissen gemacht habe (s. auch Abstammungsnachweise).

Buch der Kindheit Dieses Buch soll jedes deutsche Kind auf seinem Lebensweg begleiten. Es enthält neben Vorwörtern für amtliche Eintragungen wertvolle Ratsschläge für die Mutter und Raum für zahlreiche Eintragungen über die Entwicklung des Kindes.

Ehe Die Ehe ist mehr, als die bloße Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau. Ihre Bedeutung liegt vor allen Dingen in der Erhaltung der Art und des Volkes. Ihr Sinn und ihre Aufgabe ist also die Erzeugung eines gesunden und rassistisch erwünschten Nachwuchses und seine Auf-

ziehung in einem vom Geiste wahrer Volkserbundenheit erfüllten Familienleben. Der Mann ist das Haupt der Familie und gibt in den die Familie betreffenden Entscheidungen den Ausschlag, wobei es selbstverständlich ist, daß er die berechtigten Wünsche der Frau Rücksicht zu nehmen hat. Eine der wichtigsten Entscheidungen ist die Bestimmung des Wohnortes und der Wohnung. Die Frau braucht sich dem Manne nicht zu fügen, wenn seine Entscheidung sich als Mißbrauch seines Rechts darstellt.

Die Frau führt den Familiennamen des Mannes. Sie leitet den Haushalt und hat in diesem Wirkungskreis die Geschäfte des Mannes zu beorgen und ihn zu vertreten. Kraft der ihr hiernach zustehenden Schlüsselgewalt kann sie in diesem Umfang den Mann verpflichten. Der Mann kann die Schlüsselgewalt der Frau beschränken oder aufheben, doch kann das Vormundschaftsgericht auf Antrag der Frau seine Anordnung wieder aufheben, wenn sie sich als Mißbrauch darstellt. Dritten gegenüber wirkt eine Beschränkung der Schlüsselgewalt nur, wenn sie ins Güterrechtsregister eingetragen ist. Die Frau unterliegt hinsichtlich ihrer Verfügungsfähigkeit durch die Eheschließung nur den durch den Güterstand bestimmten Beschränkungen (s. Güterrecht). Sie kann also auch ein Erwerbsgeschäft im eigenen Namen betreiben.

Den Unterhalt der Familie trägt grundsätzlich der Mann, entsprechend seiner Stellung, seinem Vermögen und seiner Erwerbsfähigkeit. Ist er außerstande, sich selbst zu unterhalten, so hat die Frau ihm den seiner Lebensstellung entsprechenden Unterhalt nach Maßgabe ihres Vermögens und ihrer Erwerbsfähigkeit zu gewähren. Der Unterhalt ist in natura zu gewähren und nur, wenn die Eheleute getrennt leben und einer von ihnen die Herstellung des ehelichen Lebens verweigern kann, in einer Geldrente.

Ehebruch Der Ehebruch wird, wenn deswegen die Ehe geschieden ist, an dem schuldigen Ehegatten und dessen Mitschuldigen mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Ein wegen Ehebruchs geschiedener Ehegatte darf den Mitschuldigen nicht heiraten, wenn im Urteil ausgesprochen ist, daß die Scheidung wegen dieses Ehebruchs erfolgt ist. Von diesem Ehehindernis kann der Landgerichtsprä-